

Soziales Gewissen

Der niedersächsische CDU-Sozialminister Hermann Schnipkoweit, 61, konnte der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem namhaften Betrag aus seinem Ministerium behilflich sein. Die unionsnahe Stiftung war in Schwierigkeiten gekommen, weil ein 470 000-Mark-Zuschuß aus der Landeskasse für den Kongreß „Zukunft Stadt“ letzte Woche in Hannover ausblieb. Die Landesregierung, formal Mitveranstalter, hatte eigens dafür einen Titel im Nachtragshaushalt für 1989 reklamiert. Doch nach SPD-Kritik ließ die CDU-Fraktion den Antrag fallen. Schnipkoweit, der in seiner Partei als „das soziale Gewissen“ (Ernst Albrecht) gilt, fand dennoch einen Weg, den Kongreß aus Steuermitteln mitzufinanzieren – ohne das Parlament vorher zu informieren. 300 000 Mark flossen den Veranstaltern schließlich aus dem Haushaltskapitel „06 36 – Sonstige soziale Leistungen“ zu. Mittel dieses Topfes, der aus den Abgaben der niedersächsischen Spielbanken gespeist wird, sollen für „außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich“ ausgegeben werden. Die amtlichen Richtlinien zählen dazu unter anderem Aktivitäten zur Erholung von Schwerbehinderten sowie „Maßnahmen zur Verhinderung der Gewalt gegen Frauen“.

Streit um Giftzüge

Konflikte um Sicherheitsvorkehrungen und Geheimhaltungsvorschriften verzögern den Abschluß einer Regierungsvereinbarung zwischen Bonn und Washington über den Abtransport amerikanischer C-Waffen. Danach sollen die hochgiftigen Kampfstoffe vom Herbst nächsten Jahres an aus Giftdepos in Rheinland-Pfalz mit knapp 20 Güterzügen zum niedersächsischen Hafen Nordenham gebracht werden. Von dort wollen die Amerikaner die Chemiewaffen

CDU-Präsidenten fordern mehr Macht

Der Machtkampf in der CDU-Spitze geht weiter. Heiner Geißler, Rita Süßmuth und Norbert Blüm haben für die erste Sitzung des neugewählten CDU-Präsidiums an diesem Montag eine „Arbeitsordnung“ vorbereitet, die Mitspracherechte des Führungsgremiums zu Lasten des Parteivorsitzenden ausbauen soll.

Helmut Kohl, der das CDU-Präsidium beim Rausschmiß des alten und der Einstellung des neuen CDU-Generalsekretärs nicht gefragt hatte, war danach seinen empörten Stellvertretern mit dem Versprechen entgegengekommen, mehr „Teamarbeit“ zuzulassen. Seine Gegenspieler wollen ihn beim Wort nehmen und künftig die Parteispitze bei allen wichtigen Personal- und Sachentscheidungen in Regierung und Partei „beteiligen“. Außerdem wollen sie bei Koalitionsverhandlungen nicht – wie in der Vergangenheit geschehen – übergangen werden. So fordert die neue „Arbeitsordnung“:

Bei allen wichtigen Personalfragen der Partei sowie zur Vorbereitung von wichti-



Christdemokraten Süßmuth, Geißler, Blüm

gen Personalentscheidungen in der Bundesregierung, in der Bundestagsfraktion und der Europäischen Gemeinschaft ist das Parteipräsidium rechtzeitig zu befähigen.

Vor wichtigen politischen Entscheidungen der Bundesregierung und der Koalition ist eine Meinungsbildung im Präsidium herbeizuführen, soweit nicht eine direkte Befassung des Bundesvorstandes erfolgt.

zur Vernichtung per Schiff zum Johnston-Atoll im Pazifik schaffen. Bonn besteht darauf, daß die US-Streitkräfte sich an die vor kurzem verschärften deutschen Vorschriften für den Transport gefährlicher Güter halten. Die Amerikaner wollen erst nach Abschluß der Transportaktion 1992 die Öffentlichkeit unterrichten. Das widerspricht den Interessen Helmut Kohls. Der Bonner Kanzler möchte den Abzug unmittelbar vor der Bundestagswahl propagandistisch ausschlichten. Ranghohe Hardthöhen-Offiziere bezweifeln zudem, daß sich die „Geheim-

niskrämerei“ durchhalten läßt. Wenn der erste Zug rolle, würden Beobachter der Friedensbewegung Alarm schlagen. Sicherheitsfachleute erwarten, daß bald die ersten Bürgermeister aus Orten längs der Strecken nach den Katastrophenschutzvorkehrungen fragen werden.

Diplomatisches Zubrot

Deutschlands Diplomaten sind am Ziel ihrer Wünsche: Auf Auslandsposten geht es ihnen künftig besser als Soldaten oder Lehrern. Ein Sondergesetz soll ihnen handfeste materielle Vorteile bringen. Auswärtiges Amt, Finanz- und Innenministerium haben sich im Prinzip darauf geeinigt, den Diplomaten ein Zubrot zu gewähren, weil sie alle drei bis fünf Jahre in ein anderes Land umziehen müssen. Der zuständige AA-Unterhändler, Ministerialdirektor Michael Jansen, hält fünf Prozent der nicht gerade kargen Auslandsbesoldung für angemessen. Weitere zehn Prozent begehren die Diplomaten für den repräsentativen Einsatz ihrer Ehefrauen. Kommt Jansen mit diesem Vorschlag durch, kostet das rund 40 Millionen Mark; jeder der rund 2500 Diplomaten im Ausland profitierte im Schnitt mit 16 500 Mark im Jahr. Doch der geplante staatliche Zuschlag sorgt für Ärger. Alfred Breier, Abteilungsleiter im In-



US-Giftwaffendepot Fischbach